



15. Mai 2019

EL SALVADOR: DIE OPFER DES BÜRGERKRIEGES SOLLTEN NICHT MEHR AUF WAHRHEIT, GERECHTIGKEIT UND WIEDERGUTMACHUNG WARTEN MÜSSEN

Pressemitteilung

Die Politische Kommission des Parlamentes von El Salvadors diskutiert zur Zeit Gesetzesvorschläge, die für die Opfer des bewaffneten Konfliktes (zwischen 1980 und 1992; Anm.d.Ü.) Auswirkungen auf Möglichkeiten einer gerichtlichen Klärung haben könnten. Dazu sagte Erika Guevara-Rosas, Americas Director bei Amnesty International, in einer ersten Reaktion:

"Die Gesetzgeber El Salvadors dürfen den Opfern von Verbrechen gegen die Menschlichkeit gemäß des Völkerrechts und schwerer Menschenrechtsverletzungen, die während des bewaffneten Konflikts begangen wurden, nicht den Rücken kehren. Die salvadorianischen Behörden sind verpflichtet, jeden vor Gericht zu bringen, der verdächtigt wird, für außergerichtliche Hinrichtungen, Folterungen und das gewaltsame Verschwindenlassen während des bewaffneten Konflikts verantwortlich zu sein. Anderes zu tun birgt die Gefahr, selbst zu Komplizen von abscheulichen Verbrechen zu werden."

"Wenn die Gesetzgeber ein neues Gesetz verabschieden, das Amnestie gewährt und die Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen garantiert, weit davon entfernt, das Recht der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu gewährleisten, verspotten sie ihren Schmerz und treten ihre Rechte mit Füßen. Es ist inakzeptabel, dass in El Salvador fast 30 Jahre nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen immer noch versucht wird, den Verantwortlichen für die im bewaffneten Konflikt begangenen Verbrechen die Möglichkeit zu geben, der Justiz zu entkommen und Straffreiheit zu genießen".

Zusätzliche Informationen:

Nach Angaben der Wahrheitskommission der Vereinten Nationen wurden während des internen bewaffneten Konflikts in El Salvador zwischen 1980 und 1992 mehr als 75.000 Menschen gefoltert, außergerichtlich hingerichtet oder gewaltsam verschwinden lassen.



Die salvadorianische Armee war für viele Massaker in Gemeinden verantwortlich, die der Unterstützung von Guerillagruppen beschuldigt wurden. Auch bewaffnete Oppositionsgruppen begingen Verbrechen nach dem Völkerrecht und Menschenrechtsverletzungen.

Fünf Tage nachdem die Wahrheitskommission der Vereinten Nationen 1993 ihre Empfehlungen veröffentlicht hatte, verabschiedeten die salvadorianischen Behörden ein Amnestiegesetz, das gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Landes verstieß und das ein Affront gegen Tausende von Opfern von Menschenrechtsverletzungen und ihre Familien darstellte.

Im Jahr 2016 erklärte der Oberste Gerichtshof von El Salvador das Amnestiegesetz in einem lang erwarteten und historischen Urteil für verfassungswidrig.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

El Salvador: Victims of armed conflict must not wait any longer for truth, justice and reparation

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/05/el-salvador-victimas-conflicto-armado-no-deben-seguir-esperando-justicia/>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

